

Antworten der Parteien:

1.1 Welche Maßnahmen plant Ihre Fraktion, um den Übergang von einer auf fossilen Rohstoffen bauenden, hin zu einer biobasierten Wirtschaft zu fördern und Deutschland zu einem für die Bioökonomie attraktiven Standort zu machen?

CDU/CSU:	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Politikstrategie & Forschungsstrategie „Bioökonomie“ und die „Nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030“ - Unterstützung von Produkt- und Verfahrensinnovationen z.B.: Materialkombinationen mit Holz, Nutzung von Holznebenprodukten aus der Papier- und Sägeindustrie und die Verwendung von Laubholz beim Bauen
SPD:	<ul style="list-style-type: none"> - Verweis auf Umsetzung der Biodiversitätsstrategie - Keine konkreten Angaben
LINKE:	<ul style="list-style-type: none"> - Derzeitiges Bioökonomiekonzept zielt zu stark auf die Verwertung ab - Unterstützung des Klein- und Kleinstprivatwalds durch Entlastung bei der Unfallversicherung und Förderstrukturen
GRÜNE:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Innovationen durch KMU im Bereich Bioökonomie durch Steuerermäßigung von 15 Prozent aller FuE-Ausgaben - Preisnachteile für den Holzbau abbauen
FDP:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung Rohstoffgrundlage durch bessere Bedingungen für KUP - Förderung anwendungsbezogene F&E, auch in der Gentechnik

1.2 Was plant Ihre Fraktion, um die Wertschöpfung und die Beschäftigung der deutschen Holzwirtschaft im ländlichen Raum zu sichern und auszubauen?

CDU/CSU:	<ul style="list-style-type: none"> - Bündelung und Neuordnung der Gemeinschaftsaufgaben in einer: „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung und Demografie“ - Das „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ bleibt bestehen - Breitbandausbau bis 2018 mit 50 Megabit/Sekunde, bis 2025 ein Gigabit/Sekunde - Neuauflage der Charta für Holz - Schaffung eines „Pakt zur Stärkung der Berufsbildung“ und Stärkung des Meisterbriefs - Fokussierung auf Digitaltechniken in der Branche
SPD:	<ul style="list-style-type: none"> - Anreize für Investitionen schaffen über die Gemeinschaftsaufgaben „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
LINKE:	<ul style="list-style-type: none"> - Keine konkrete Angabe
GRÜNE:	<ul style="list-style-type: none"> - Vertragsnaturschutz in der Forstwirtschaft für Klein- und Kleinstprivatwald - Gründungs- Wachstums- und Forschungsförderung - Überbetriebliche Ausbildungsstätten für kleine Betriebe - Aufbau eines „Bundesprogramm Regionalvermarktung“ und neuen Förderschwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung
FDP:	<ul style="list-style-type: none"> - Steuerbefreite Risikoausgleichsrücklagen für die Forstwirtschaft - Infrastrukturprogramm für den ländlichen Raum - Unterstützung forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Antworten der Parteien:

2.1 Welche Maßnahmen plant Ihre Fraktion, um den im Klimaschutzplan 2050 herausgestellten positiven Klimaschutzbeitrag der Holzverwendung zu realisieren bzw. zu steigern?
2.2 Plant Ihre Fraktion fiskalische Anreize, um die CO₂-Einsparung beim Bauen zu fördern?
2.3 Welche Maßnahmen plant Ihre Fraktion, um die Lücke zwischen Bautätigkeit und Wohnraumbedarf zu schließen? Welche Rolle wird hier der klimafreundliche Baustoff Holz spielen?
2.4 Was plant Ihre Fraktion, um auf Bundesebene die bestehenden ordnungsrechtlichen Hemmnisse für Verwendung von Holz abzubauen und den anderen Baustoffen gleichzustellen?

CDU/CSU:

- Abbau von bürokratischen Hemmnissen und Anpassung von baurechtlichen Vorschriften
- Keine direkten fiskalischen Anreize
- Fortsetzung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramm mit Fokus auf Einsatz erneuerbarer Energien

SPD:

- Überprüfung der Maßnahmen im Klimaschutzplan
- Abbau umweltschädlicher Subventionen
- Überprüfung von Nomen und Standards im Bau
- Stärkere Orientierung an Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit der Baumaterialien

LINKE:

- Stärkere ordnungsrechtliche Vorgaben zum Klimaschutz im Bau
- Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung
- Nachwachsende Rohstoffe stärker im Bau fördern

GRÜNE:

- Klimaschutzbeitrag des Bauens mit Holz soll in der EnEV angerechnet werden
- Direkte fiskalische Anreize (20. Mio. Euro) in Modellprogramm ökologisch Baustoffe und Extraförderung bei den Programmen der KfW-Bankengruppe für energieeffiziente Neubauten
- Nationale Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild und Musterholzbaulösungen für Kommunen

FDP:

- Nadelholzanteil halten
- Steuerliche Vorteile Energieholz prüfen
- Stärkung der allgem. Bautätigkeit durch Vereinfachung der Bauvorschriften

2.5 Wird Ihre Fraktion sich dafür einsetzen, die Harmonisierung und Modernisierung der Landesbauordnungen anzustoßen?
2.6 Wird Ihre Fraktion sich dafür einsetzen, dass künftig der gesamte Lebenszyklus von Gebäuden bei der Ökobilanzierung und die Nachhaltigkeit in den Bauvorschriften berücksichtigt wird?

CDU/CSU:

- Bundesbauordnung als Mustervorlage für Landesregeln
- Bauen mit Holz soll ohne Höhenbeschränkung ermöglicht werden
- Anpassung baurechtlicher Vorschriften z.B. im Bereich Brandschutz
- Keine konkrete Aussage zur Ökobilanzierung

SPD:

- Ziel ist eine einheitliche Musterbauordnung in allen Ländern
- Informationsangebot über nachwachsende Rohstoffe im Bau soll verbessert werden

LINKE:

- Harmonisierung und Modernisierung der Landesbauordnungen
- Befürwortung der Betrachtung des gesamten Lebenszyklus

GRÜNE:

- Überarbeitung Musterbauordnung mit Blick auf den Holzbau (z.B. Brandschutz)
- Ja, volle Anrechnung in der Ökobilanzierung (Herstellung und Entsorgung) und einheitliche Zertifizierung ökologischer Baustoffe

FDP:

- Modernisierung und Angleichung der LBOs im Sinne einer modernen Holznutzung im Bau

Antworten der Parteien:

2.7 Wird Ihre Fraktion sich dafür einsetzen, dass die „graue Energie“ bei den Energieeinsparvorschriften (Gebäude-Energie-Gesetz) berücksichtigt wird?
2.8 Wird eine Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung (EnEV) in eine CO₂-Einsparverordnung angestrebt, die die CO₂-Minderung von Holzprodukten berücksichtigt?

CDU/CSU: - Statt Einrechnung „grauer Energie“, Bepreisung von Treibhausemissionen weltweit
 - Prüfung ob Holz auf eine Stufe mit mineralischen Baustoffen in der EnEV gehoben werden kann

SPD: - „Graue Energie“ sollte zukünftig stärker berücksichtigt werden
 - Effekte von Holz sollten in einer Weiterentwicklung der EnEV stärker berücksichtigt werden

LINKE: - Berücksichtigung der „grauen Energie“ beim künftigen „Gebäude-Energie-Gesetz“ möglich
 - Weiterentwicklung wird angestrebt, mit Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Biomasse

GRÜNE: - Volle Berücksichtigung „grauer Energie“
 - Einfachere und transparente Weiterentwicklung der EnEV mit Fokus auf CO₂ Einsparung und Wärmebedarf

FDP: - Weniger Bilanzierungs- und Energievorschriften

3.1 Welche Maßnahmen plant Ihre Fraktion, um die Kreislaufwirtschaft und Kaskadennutzung zu stärken?

3.2 Plant Ihre Fraktion einen Stopp indirekter und direkter Förderanreize zur Verbrennung von Holz, das stofflich im Sinne der Kaskadennutzung nutzbar wäre?

3.3 Welche Maßnahmen plant Ihre Fraktion, um beim Altholzmanagement im Rahmen der Altholzverordnung das Kaskadennutzungsprinzip zu fördern?

CDU/CSU: - Weiterentwicklung Kreislaufwirtschaft
 - Förderung von Forschung, Entwicklung und Studien
 - Kein Stopp der Verbrennung nach 1.BlmSchV
 - Keine Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Brennholz

SPD: - Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft
 - Stoffliche vor energetischen Verwertung
 - Keine konkreten Maßnahmen geplant
 - Novelle der Altholzverordnung ist nicht vorgesehen

LINKE: - „Energieholz „ durch regional verteilte Kurzumtriebsplantagen
 - Keine konkreten Aussagen

GRÜNE: - Verweis auf Rohstoffstrategie 2012 mit Erhöhung von Mehrwegprodukten, Senkung Rohstoffverbrauchs
 - Kein Stopp der Verbrennung naturbelassener (Alt)Hölzer in Anlagen nach der 1. BImSchV
 - Keine Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Brennholz
 - Altholzverordnung sollte überarbeitet werden

FDP: - Weniger Nutzungskonkurrenz durch Förderung breiterer Rohstoffbasis
 - Prüfung möglicher steuerlicher „Fehlanreize“
 - Verbesserte Sortierung der Altholzströme zur Verbesserung der Qualität für die Kaskadennutzung

Antworten der Parteien:

4. Welche Zielvorgaben strebt Ihre Fraktion in Bezug auf den Marktanteil bzw. den Primär- und Endenergieverbrauch für die Wärmeerzeugung sowie die Stromerzeugung aus Biomasse bis 2020 und 2030 an?

CDU/CSU:	- Bis 2035 55 % - 60 % Strom aus erneuerbaren Energien
	- Fixe Marktprämie bei der KWK-Förderung
	- Jährlich bis zu 200 MW abschreibbar
SPD:	- Keine konkreten Zielvorgaben zur Zeit
LINKE:	- Anteil regenerativer Wärme von 13,4 % am Energieverbrauch im Jahr 2016 auf 20 Prozent im Jahr 2020 steigern
GRÜNE:	- Keine konkreten Angaben
FDP:	- Stärkung der freien Entfaltung der Energiemärkte. Versorgungsgarantien der Stromanbieter mit Potenzial der grundlastfähigen Bioenergie

5.1 Was plant Ihre Fraktion, um das Risiko nicht nachhaltige Holzprodukte zu beschaffen zu erfassen?

5.2 Was plant Ihre Fraktion, um die Zertifizierung von nachhaltiger Forstwirtschaft für den Verbraucher transparenter zu gestalten?

5.3 Was plant Ihre Fraktion, um die öffentliche Beschaffung von Holzprodukten aus nachhaltiger Forstwirtschaft für Unternehmen unbürokratisch zu gestalten?

CDU/CSU:	- Informationskampagne für deutsches, regionales Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft mit eigener Herkunftsbezeichnung
	- Enge Zusammenarbeit mit der Branche für Verbesserungen
	- Keine konkreten Aussagen
SPD:	- Keine konkreten Maßnahmen
LINKE:	- Schaffung von europaweit einheitlicher Regelungen und Kennzeichnungen
	- Personelle Aufstockung für die Holzkontrolle
GRÜNE:	- Prüfung neuer Kennzeichnungsanforderungen bei der Zertifizierung
FDP:	- Keine Anpassung der Beschaffungspraxis geplant
	- Keine staatliche Unterstützung der Zertifizierung geplant, PEFC Standard gilt als geeignetes Instrument

Antworten der Parteien:

6.1 Plant Ihre Fraktion weitere Nutzungsbeschränkungen der Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland, wie zum Beispiel durch die Einrichtung neuer Schutzgebiete oder eine Einschränkung der Forstwirtschaft?

6.2 Ist Ihrer Meinung nach die multifunktionale Forstwirtschaft mit ihrem integrativen Ansatz eine Möglichkeit, die Holznutzung und den Natur- und Artenschutz miteinander zu verbinden?

6.3 In den letzten Jahrzehnten ist im Rahmen des politisch gewollten Waldumbaus der Nadelholzanteil zugunsten des Laubholzanteils kontinuierlich zurückgegangen. Nadelholz ist aufgrund seiner technologischen Spezifikation für die deutsche Holzindustrie jedoch der wichtigste Rohstofflieferant. Plant Ihre Fraktion Maßnahmen, den Nadelholzanteil künftig wieder zu steigern, um die Existenzgrundlage der deutschen Holzindustrie langfristig zu sichern?

CDU/CSU: - Beibehaltung von 5 % Flächenstilllegung nach Biodiversitätsstrategie
- Verjüngung der Nadelbaumarten unter Berücksichtigung der Douglasie

SPD: - Beibehaltung von 5 % Flächenstilllegung nach Biodiversitätsstrategie
- Nadelholzanteil wird auch zukünftig nicht wieder steigen
- Douglasie kann verwendet werden

LINKE: - Ausgleich für die Stilllegung besonders schützenswerter Waldflächen
- 5 % der Gesamtfläche außer Nutzung stellen
- Fördermittel für den Waldumbau in Höhe von 30. Millionen Euro

GRÜNE: - Beibehaltung von 5 % Flächenstilllegung
- Ausschließlich standortheimische Baumarten
- Mindestvorgaben für den Zuwachs, gegen Übernutzung
- Auch Privatwaldbesitzer sollten verpflichtet werden zu einem Mindestmaß an Biotop- und Totholzbäumen

FDP: - Erhaltung der Artenvielfalt durch individuelle Totholzkonzepte
- Keine zusätzlichen Einschränkungen

Antworten der Parteien:

7 Warum sollten die 650.000 Beschäftigten der Holzwirtschaft Ihre Partei wählen?

CDU/CSU: Die Beschäftigten der Holzwirtschaft sollten CDU oder CSU wählen, weil wir es den Menschen ermöglichen, ihre Vorstellung von Lebensqualität und nachhaltigem Leben umzusetzen. So setzen wir auf Bildung und gute Information über nachhaltige Lebensstile und Produkte, auf Anreize und Förderungen für nachhaltiges Wirtschaften und nicht als erstes auf Verbote und Bevormundung. Wir schaffen Freiräume für das Handeln und die Initiative der Menschen und nehmen sie mit. CDU und CSU stehen fest an der Seite der deutschen Holz- und Forstwirtschaft, denn wir wissen um ihre Bedeutung und ihre Leistungen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung als mittelständische Branche im ländlichen Raum, für Umwelt und Naturschutz sowie für Gesundheit und Erholung in den Wäldern. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Clusters Forst und Holz im Zuge der Charta für Holz 2.0 zusammen mit der Branche. Auch wird mit CDU und CSU die Holz- und Forstwirtschaft nicht mit einer Vermögenssteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer belastet, um die Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Mit unserer Waldstrategie 2020 bringen wir die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen des Waldes in Einklang. Wir unterstützen den nachhaltigen Waldbau mit dem Waldklimafonds, fördern die Zusammenarbeit in der Vermarktung von Holz und die Nutzung von nachhaltig erzeugtem heimischem Holz beim Einsatz von Holz im Bauwesen, durch die Förderung der Entwicklung innovativer Holzprodukte und durch den umweltfreundlichen Einsatz von Holz als Brennstoff. Holz- und Forstwirtschaft genießen bei CDU und CSU eine hohe Wertschätzung.

SPD: Die SPD tritt für eine langfristig angelegte, sozial- und umweltgerechte Politik ein, die der deutschen Holzwirtschaft und den von ihr Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive gibt.

LINKE: Neben der Landwirtschaft, dem Gartenbau und der Fischerei ist die Forst- und Holzwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Agrarwirtschaft und damit eine Grundlage des Lebens auf dem Lande. DIE LINKE wird diese Branchen stärken und damit den ländlichen Räumen eine Zukunft geben. Dabei ist der multifunktional genutzte Wald mit standortangepassten Wilddichten unser Ziel. Dazu werden klare Konzepte zur energetischen und stofflichen Nutzung von Holz unter Einhaltung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung benötigt. So kann der Wald Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und bleibt auch in seiner ökologischen, Landschafts- und Erholungsfunktion erhalten. DIE LINKE will holzwirtschaftlich politische Probleme bei der Umsetzung gesellschaftlicher Interessen gemeinsam mit der Holzwirtschaft lösen – nicht gegen sie. Nach dem Wegfall des Holzabsatzfonds werden neue Instrumente und Wege gebraucht, um vor allem für den Baustoff Holz eine breite Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können. DIE LINKE spricht sich für die Einbeziehung sozialer Kriterien in die ordnungsgemäße Forst- und Holzwirtschaft aus.

GRÜNE: Wir setzen uns für einen gesunden und intakten Wald ein, der auch für zukünftige Generationen vielfältige Funktionen bereithält. Das wollen wir gemeinsam mit den vielen Beschäftigten in der Holzwirtschaft erreichen. Wir wollen das Bauen mit Holz fördern, indem die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden, insbesondere die Landesbauordnungen einiger Bundesländer, die Berücksichtigung der Emissionen durch die Herstellung von Baumaterialien in der Energiesparverordnung und höhere Fördermittel und Marktanreizprogramme beim Einsatz nachwachsender Rohstoffe im Baubereich. Die Zukunft des deutschen Waldes hängt auch davon ab, ob wir wesentliche Fortschritte bei umwelt- und klimafreundlicher Landwirtschaft, Energieversorgung und bei der Verkehrswende erreichen, um waldbelastende Emissionen (Stickstoff, Ammoniak etc.) deutlich zu reduzieren. Wir setzen uns genau dafür ein.

FDP: Wir Freie Demokraten sind für die Beschäftigten der Holzwirtschaft die beste Wahl, weil wir den Nachhaltigkeitsbegriff nicht ideologisch verengen und wissen, dass die Bioökonomie nicht ohne eine verlässliche und produktive Rohstoffbasis auskommt. Die ländlichen Räume und ihr starker Mittelstand sind einer der wesentlichen Stabilitätsanker der deutschen Wirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen ihnen daher Chancen ermöglichen wollen, anstatt sie mit überbordender Bürokratie und ideologischen Bewirtschaftungsverböten auszubremsen.